

## **Stellungnahme der Arbeitskammer des Saarlandes, des DGB und der Gewerkschaft verdi zur möglichen Einführung einer saarländischen Pflegekammer**

In den letzten Jahren hat sich in Deutschland – wie bereits zehn Jahre zuvor – eine breitere Diskussion über das Pro und Kontra von Pflegekammern in den Bundesländern entwickelt. Die Diskussion verläuft sehr heterogen und bezieht sich zum einen auf rechtliche Aspekte – die rechtlichen Voraussetzungen und die Zuverlässigkeit von Pflegekammern – zum anderen auf die inhaltlichen Aufgaben, die eine mögliche Pflegekammer erfüllen soll und ob sie dies überhaupt kann.

Unbestritten ist dabei die Notwendigkeit, die Stellung der Pflege im Gesundheitssektor zu stärken. Dies ergibt sich bereits aus zahlreichen Problemen, die im Pflegesektor bestehen: hervorzuheben sind insbesondere die zu niedrige Entlohnung, die hohe Arbeitsbelastung, die Anforderungen an die Arbeitszeitflexibilität und die unzureichende Mitsprache. Dies sind sämtlich Aufgaben, die primär unter den Regelungsbereich der Tarifpartner fallen. Denn im Unterschied zu den übrigen öffentlich rechtlichen Kammern im Gesundheitssektor würde sich eine mögliche Pflegekammer fast ausschließlich aus abhängig beschäftigten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern zusammensetzen. Ihre Handlungsmöglichkeiten und Aufgaben sind daher im Vergleich zu den sich überwiegend aus Freiberuflern zusammensetzenden bereits existierenden Kammern im Gesundheitsbereich von vorneherein begrenzter. Hinzu kommen – gemessen am häufig niedrigen Einkommen – relativ hohe Beiträge, die für eine mögliche Pflegekammer von den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern aufzubringen wären.

Einschränkend kommt die bereits bestehende hohe staatliche Regelungsdichte (Gesetze, Verordnungen, Richtlinien, Überwachung usw.) im Gesundheitswesen hinzu, die wenig Raum für mögliche Aufgaben einer Pflegekammer belässt. Die bisherige Diskussion hat hierzu weder auf der Landesebene noch auf der Bundesebene entscheidend zur Klärung beigetragen.

Vor diesem Hintergrund beziehen wir eine grundsätzlich kritische Position zu dem Beitrag, den eine mögliche Pflegekammer zu den Problemen im Pflegebereich beizutragen vermag.

Der Minister für Soziales, Gesundheit, Frauen und Familie hatte im letzten Jahr zu einem Runden Tisch zur Stärkung der Pflegekräfte geladen. Die Arbeitskammer hat sich dort wie in weiteren Gesprächen mit dem Minister und auf der Arbeitsebene aufgeschlossen gezeigt, zur Lösung der Probleme im Pflegebereich beizutragen.

Der Vorstand der Arbeitskammer hat sich bereits intensiv mit dem Thema Pflege befasst und Lösungsmöglichkeiten entwickelt, wie der Beitrag der Arbeitskammer hierzu aussehen könnte. Diese Position wurde dem Minister im Mai diesen Jahres schriftlich mitgeteilt und ist auch Gegenstand der vorliegenden Stellungnahme.

Grundsätzlich und vorweg bleibt anzumerken, dass die Arbeitskammer des Saarlandes nach unserer Rechtsauffassung durch Artikel 57 der Saarländischen Landesverfassung einen konstitutionellen Bestandsschutz als Berufsorganisation der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern im Saarland – und damit auch der Pflegekräfte – mit Bezug auf allgemeine berufliche, wirtschaftliche und soziale Fragen genießt. Damit wird der Arbeitskammer im Sinne der Wahrnehmung der allgemeinen wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Interessenvertretung ein Alleinvertretungsrecht in der Erfüllung staatlicher Aufgaben als Ansprechpartner zugewiesen. Ein Herauslösen der Interessenvertretung aus dem Zuständigkeitsbereich der Arbeitskammer im vorgenannten Sinn für einzelne Berufsgruppen ist daher aus unserer Sicht nicht möglich.

Wir sehen allerdings die Notwendigkeit, die Situation und Stellung der Pflege im Gesundheitssektor auf Landes- wie Bundesebene zu verbessern. Dies verlangt, dass alle beteiligten Partner eng und zielgerichtet zusammenarbeiten. Angesichts der weitgehenden Finanzierung der Pflege im Rahmen der beiden Sozialversicherungen GKV und SPV sind die tatsächlichen Handlungsmöglichkeiten auf Landesebene allerdings begrenzt. Mit der Einrichtung einer Pflegekammer im Saarland sehen wir daher keinen Beitrag zur Lösung der Probleme im Pflegebereich.

**Wir schlagen stattdessen vor, drei Handlungsansätze zu verfolgen, die innerhalb des gegebenen gesetzlichen und institutionellen Rahmens tatsächlich einen positiven Beitrag leisten können:**

So bietet die Arbeitskammer erstens an, ihre fachspezifische Kompetenz in der Pflege weiter auszubauen. Um dies auch formal zu unterstreichen, würden wir ein eigenes Referat Pflege einrichten, dessen Aufgabe es wäre, das Thema Pflege und die bestehenden Probleme in der Öffentlichkeit zu thematisieren und – gemeinsam mit den Gewerkschaften und betrieblichen Interessenvertretungen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer – Lösungsansätze zu entwickeln.

Wir wären zweitens bereit, im Rahmen der Selbstverwaltung der Arbeitskammer einen eigenen Ausschuss Pflege der Vertreterversammlung der Arbeitskammer einzurichten. Die Vertreterversammlung müsste hierzu einen Beschluss fassen und die Satzung und Geschäftsordnung der Arbeitskammer anpassen. Die Aufsichtsbehörde müsste zustimmen.

Um die Position der Pflege in der Öffentlichkeit und im Gesundheitssektor zu stärken, schlagen wir drittens vor, einen Pflegeverein oder ein Forum zu gründen, in dem die relevanten Verbände und Einrichtungen in der Pflege, das Gesundheitsministerium und weitere öffentliche Stellen lösungsorientiert zusammen arbeiten. Damit ließe sich auch die öffentliche Repräsentanz in der Pflege stärken. Die Arbeitskammer wäre bereit, über das neu einzurichtende Referat Pflege die Geschäftsführung im Rahmen eines solchen Pflegevereins zu übernehmen. Die Präsidentschaft sollte allerdings direkt über Mitarbeiter/-innen aus der Pflege erfolgen.

Auf dieser Basis führt die Arbeitskammer abgestimmt mit der Gewerkschaft verdi als größter Organisation der Beschäftigten im Gesundheitswesen im Saarland – wie eingangs beschrieben – konstruktive Gespräche mit dem Gesundheitsminister, die aus unserer Sicht auch zu praktischen Zwischenergebnissen geführt haben.

Arbeitskammer des Saarlandes, DGB, ver.di  
Saarbrücken, 03.11.2014